

BLICK in den Landtag

DIRK TOEPFFER, MdL

Oktober 2009

DDR-Unrecht im Namen des Volkes

Im Namen des Volkes unrechtmäßig zu politischen Gefangenen degradiert. Opfer der DDR-Unrechtsjustiz leiden lebenslang. Was ist aus den Betroffenen seit der Wiedervereinigung geworden? Was tut die Landesregierung, um den Opfern zu helfen? Im niedersächsischen Landtag gab es eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Dirk Toepffer, in der er einige Fragen bzgl. der Opfer der DDR-Unrechtsjustiz beantwortet wissen wollte. Hier eine Zusammenfassung:
Zustand der Opfer:
Opfer der DDR-Unrechtsjustiz leiden laut einer Studie der Universität Leipzig und der Fachhochschule Mittweida-Rosswein teilweise bis heute unter den Folgen der Haft. Aufgezählt werden physische und psychische Störungen wie Schlaflosigkeit, chronische Erkrankungen oder Schmerzen, die die Lebens-

qualität minderten. Ferner seien finanzielle Probleme der Betroffenen heute eine weitere Folge der Inhaftierung, die Karrieren beendet habe. Die Studie belegt außerdem, dass die ehemaligen politischen Gefangenen unter fehlendem Respekt der Öffentlichkeit ihnen gegenüber leiden, während die Täter aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden und nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Engagement des Innenministeriums:

Das niedersächsische Innenministerium (MI) gab bekannt, dass es als einziges westdeutsches Land, eine Beratungsstelle für Opfer der SDZ/DDR - Diktatur eingerichtet habe. Diese Stelle berate in Niedersachsen wohnende Personen, die aus der ehemaligen DDR stammten und Anspruch auf strafrechtliche, verwaltungsrechtliche oder berufliche Rehabilitie-

rung hätten. Gegenstand der Beratungen seien auch die physischen und psychischen Spätfolgen von Verfolgung und Haft. Unterstützt werde das Ministerium von den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR aus Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Das Innenministerium unterstütze, um die Erinnerung an das erlittene Unrecht aufrechtzuerhalten, Gedenkveranstaltungen, zu denen neben Opfern der DDR-Diktatur insbesondere auch Schülerinnen und Schüler eingeladen würden. „Die Rehabilitierung der Opfer ist unverzichtbar. Überdies ist zur Geschichtsaufarbeitung des DDR-Unrechts eine öffentliche Thematisierung erforderlich, die die Täter aus der Dunkelheit herausholt“, so Dirk Toepffer.

In dieser Ausgabe:

- | | |
|--|---|
| DDR-Unrecht im Namen des Volkes | 1 |
| Klanglose Festwochen Herrenhausen | 2 |
| AK Wissenschaft und Kultur in der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek | 2 |
| Museumspädagogische Konzepte weiter ausbauen - Niedrigschwellige Angebote für Kinder | 3 |
| Asien in Hannover | 4 |
| Personalien | 4 |

BLICK in den Landtag

MÜNDLICHE ANFRAGE

Klanglose Festwochen Herrenhausen

Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur beantwortete im Landtag eine mündliche Anfrage von Dirk Toepffer zum „Kulturprogramm in der Landeshauptstadt Hannover“.

Für die Festwochen Herrenhausen hat die Landeshauptstadt Hannover eine Neukonzeption beschlossen und erstmals eine eigene Intendantin eingestellt. Der Anlass der Anfrage war die zeitliche Überschneidung der Festwochen mit dem Festival Theaterformen, das mit 15.000 Besuchern erfreulicherweise ein großer Erfolg war. Das Ministerium räumte

ein, dass der Stadt Hannover durch die Mitgliedschaft im Beirat des Festivals der Termin seit Herbst 2008 bekannt war, und dass die Theaterformen durch die enge Verbindung mit dem Schauspiel Hannover am Ende einer Spielzeit im Juni sich ereignen muss. Gegenstand der Anfrage war zudem die geringe inhaltliche Abgrenzung beider Veranstaltungen. Der Beirat der Theaterformen genehmigte die Inhalte des Festivals, sodass die Landeshauptstadt Hannover informiert war. Sie hat dagegen die Landesregierung weder über die Neukonzeption und Inhalte der

Festwochen Hannover in Kenntnis gesetzt noch die Abstimmung mit dem Konzept des Festivals für notwendig gehalten.

Die letzte Frage umfasste die Verteilung von Freikarten, die 35 % der Festwochen-Besucher erhielten. Laut der Theaterstatistik 2007/2008 des Deutschen Bühnenvereins beträgt der Freikartenanteil bei Kulturveranstaltungen im Allgemeinen 10 %. „Die Kulturdezernentin trägt die Verantwortung für den geringen Erfolg der Festwochen Herrenhausen“, bemerkte Toepffer.

KONJUNKTURPAKET II

AK Wissenschaft und Kultur in der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek



Der Arbeitskreis Wissenschaft und Kultur des Niedersächsischen Landtags besuchte am 02. November die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek zu einem

Gespräch, das die Sanierung zum Inhalt hatte. Das Gebäude wurde in den 1970ern an der Waterloostrasse errichtet und hat seit längerer Zeit mit Mängeln zu kämpfen. Schäden durch Regenwassereintritt, die veraltete Klimatechnik, die Erschöpfung der Kapazität im Magazin und die mangelnden Räume zur Präsentation des Nachlas-

ses von Gottfried Wilhelm Leibniz sind Zeichen der unumgänglichen Sanierung des Hauses. Die aktuelle Gestaltung wird neueste klima- und sicherheitstechnische Standards schaffen. Im nächsten Schritt werden die Räumlichkeiten und Ausstellungsflächen neu konzipiert.

PLENUM

Museumspädagogische Konzepte weiter ausbauen – Niedrigschwellige Angebote für Kinder

Landtagsabgeordneter Dirk Toepffer redete zum Änderungsvorschlag

Die SPD-Fraktion beantragte im Landtag den freien Eintritt zu Landesmuseen zur Sicherung der kulturellen Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen. Ein Antrag, der sich gegen die von der SPD-Landesregierung 1995 eingeführten Eintrittsgelder für Landesmuseen richtete. Die CDU und FDP plädierte dagegen museumspädagogische Konzepte weiter auszubauen, um niedrigschwellige Angebote für Kinder zu schaffen. Beide Positionen beinhalteten zusätzlich Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten anzusprechen. Ein eintrittsfreier Besuch ist schon an einem eintrittsfreien Nachmittag für alle Besucher möglich. Es kann durch keine wissenschaftliche Untersuchung untermauert werden, dass sich bildungsferne Schichten durch den freien

Eintritt motivieren lassen, Museen zu besuchen. Wie können also Kinder und Jugendliche für einen Museumsbesuch begeistert werden? Der erste Kontakt zu Museen wird grundsätzlich von der Schule begünstigt. Außerhalb dieser Pflichtübung besuchen Kinder und Jugendliche Museen in der Regel nicht allein. Kinder und Jugendliche richten eher den Wunsch an die Eltern, einen Erlebnispark wie den Dinopark in Muniquehagen zu besuchen, dessen Eintrittspreis höher ist, als das eines Museums, das Dinosaurier ausgestellt hat. Im Dinopark können Kinder und Jugendliche mitmachen und -erleben, sie werden also miteinbezogen. Museen sollen sich nicht zu einem Erlebnispark entwickeln. Ziel muss es aber sein, dass sie Exponate erlebbar für Besucher prä-

sentieren. Dazu gehört der Ausbau der Museumspädagogik zur nachhaltigen Heranführung an die Museumskultur, die in entsprechenden Zielvereinbarungen mit den Museen besonders hervorgehoben werden muss. Die Häuser sollen dabei selbstständig und eigenverantwortlich museumspädagogische Angebote erarbeiten. Die CDU lehnt dabei die Abschaffung von Eintrittsgeldern nicht insgesamt ab. Ein verlässliches Zahlenmaterial über die Struktur der Museumsbesucher kann dazu führen, dass die Eintrittsgelder ganz abgeschafft werden, wenn sie hilft, dass die kulturelle Teilhabe nicht verkümmert. Der Änderungsvorschlag der CDU und FDP wurde im Plenum mehrheitlich angenommen.



BLICK in den Landtag

BESUCHERGRUPPE

Asien in Hannover

Die Konrad-Adenauer-Stiftung führte vom 04. bis 11. Oktober 2009 ein Studien- und Dialogprogramm für Parlamentarier und Parteienvertreter aus verschiedenen Ländern Asiens durch. Am 09. Oktober 2009 besuchte die Gruppe,

die sich aus Jungabgeordneten aus Malaysia, Indien, Philippinen, Mongolei und Thailand zusammensetzte, die Geschäftsstelle des CDU-Kreisverbandes Hannover Stadt. Dirk Toepffer empfing die Jungpolitiker und gab eine regionale und

überregionale politische Übersicht. Darüber hinaus stellte er sich allen Fragen zur Korruption, Ideologie, Macht, Einfluss sowie Finanzierung von Parteien, Wahlbeteiligung und Kandidatur.



PERSONALIEN

Birgit-Alexandra Nolte neue Büroleiterin bei Dr. Ursula von der Leyen MdB



Birgit-Alexandra Nolte aus dem Ortsverband Ricklingen-Wettbergen-Mühlenberg leitet nun das Büro für unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Ursula von der Leyen. Von Berlin aus wird die 37-jährige Volljuristin gemeinsam mit ihrem

Team die interne und externe Organisation verantworten. Birgit-Alexandra Nolte war zuvor schon wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Hans-Peter Thul. Der Kreisverband wünscht viel Erfolg für die neue Herausforderung.